Bericht

Das „Forum Frieden" der SPD im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus am 27. 8. 1981

Das Erstarken der Friedensbewegung in den letzten Monaten zur derzeit größten außerparlamentarischen Bewegung in der Bundesrepublik, die zwar unterschiedliche Strömungen und Positionen zusammenfaßt, sich jedoch größtenteils einig ist gegen das Konzept der Bonner Parteien zur Verteidigung und Abrüstung, nahm die SPD zum Anlaß, mit ihr in einen Dialog zu treten. Ihre Bereitschaft dazu zeigte sie mit dem „Forum Frieden", das gleichzeitig als Auftakt für eine Reihe weiterer Gespräche dienen sollte, um die bestehende Kluft zwischen SPD und Friedensbewegung allmählich zu schließen.

Ziel der öffentlichen Diskussion sozialdemokratischer Politiker unterschiedlicher Richtung mit Vertretern verschiedener Gruppierungen der Friedensbewegung, der Kirchen, Gewerkschaften und mit einigen Friedensforschern sollte es daher auch sein — so Peter Glotz (SPD-Bundesgeschäftsführer) in seinem Grußwort an die Teilnehmer des Forums —, die „Kontroversen zunächst einmal verständlich (zu) machen und (zu) versuchen, eine gemeinsame Sprache (zu)finden", um der Gefahr zu entgehen, „über die Ängste und Sorgen von Millionen von Menschen einfach einig hinweg (zu) beschließen."

Als Einstieg in die Sachdiskussion skizzierte zunächst der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr in seinem Einleitungsreferat in zehn Thesen sein Konzept sozialdemokratischer Friedenspolitik, um daran anknüpfend, der Friedensbewegung aufzutragen zu bestimmen, „wieweit sie mit uns gehen kann".

Als Grundlagen für eine Friedenspolitik der SPD nannte er die Fortsetzung der Politik der Entspannung (These 1) und das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß vom 12.12.1979 (These 5), da nach seiner Meinung nur dadurch die USA und die Sowjet-

union an den Verhandlungstisch zu bringen sind. Weitere Eckpfeiler sozialdemokratischer Friedenspolitik waren für ihn: Orientierung auf ein gemeinsames Gleichgewicht durch Verhandlungen, statt einer Politik der Überlegenheit; Herbeiführung gemeinsamer Sicherheit, die — so Bahr — nur mit den bestehenden Bündnissen erreichbar ist; Anstreben der Null-Lösung in den Verhandlungen, oder, wenn diese nicht erreichbar ist, ein möglichst niedriges Niveau bei der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen; Ausarbeitung politischer Rahmenbedingungen bis 1983, auf deren Grundlage ein annäherndes Gleichgewicht in Europa festzulegen ist und Berücksichtigung der Mittelstreckensysteme Frankreichs und Großbritanniens bei der Feststellung des Gleichgewichts; Respektieren der Interessen der Nicht-Atommächte bei der Entscheidung über den Doppelbeschluß; Beibehaltung des Neins zur Neutronenbombe auch 1982.

In seinem Gegenreferat zog Anton-Andreas Guha die gegenwärtige Sicherheitspolitik in Zweifel und stellte damit auch die Notwendigkeit einer „Nachrüstung" der NATO und den von ihr gefaßten Doppelbeschluß in Frage.

Als Russisch-Roulett bezeichnete er das bisherige Sicherheitssystem, das auf Abschreckung beruht. Die Abschreckungswirkung der NATO funktioniere heute nicht mehr und sei nicht mehr glaubwürdig aufgrund fortschreitender Waffentechnologie, die nunmehr auch einen begrenzten Atomkrieg führbar und gewinnbar erscheinen läßt und aufgrund zahlreicher unaufhebbarer Widersprüche in der Abschreckungstheorie selbst. Die Konsequenzen, die ein Scheitern einer auf Abschreckung beruhenden Friedenspolitik mit sich brächte, wären unvorstellbar und bedrohten die gesamte Menschheit in ihrer Existenz. Den NATO-Doppelbeschluß nannte er u.a. deshalb falsch, weil seiner Ansicht nach der Schwerpunkt auf der Nachrüstung und weniger auf Verhandlungen liegt, weil die USA aufgrund ihrer Interessenlage an einer Nachrüstung stark interessiert sind, weil die Atompotentiale von Frankreich, Großbritannien und China — gegen die sich ein erheblicher Teil des sowjetischen Mittelstreckenpotentials richtet — nicht einbezogen werden und weil das Ziel der Verhandlungen, das Erreichen eines „möglichst niedrigen Niveaus", für die Bundesrepublik schon zuviel wäre.

In der anschließenden, von dem Journalisten Theo Sommer sachlich geführten Diskussion um die Frage „Welche Chancen haben Verhandlungen?" wurde im wesentlichen das Pro und Contra zum NATO-Doppelbeschluß erwogen. Ähnlich negativ wie zuvor Guha äußerten sich zum NATO-Doppelbeschluß u.a. Jo Leinen (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz/ BBU), Rudolf Bahro (Russell Peace Foundation), Dieter Begemann (Bielefelder Erklärung), Alfred Mechtersheimer (Friedensforscher am Max-Planck-Institut in Starnberg), Fritz Teppich (Friedenskoordination Berlin), Petra Kelly (Frauen für den Frieden, Krefelder Appell), General a.D. Gert Bastian, Oskar Lafontaine (Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Oppositionsführer im Saarland), Willi Piecyk (Vorsitzender der Jungsozialisten), während vor allem Egon Bahr, Verteidigungsminister Hans Apel und die Friedensforscher Karl Kaiser (Institut für auswärtige Politik) und Wolf Graf v. Baudissin (General a.D., Hamburger Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik) den Nachrüstungsbeschluß verteidigten.

Einig waren sich die Gegner des Doppelbeschlusses vor allem darin, daß die Null-Option, wie sie von Bahr als Verhandlungsziel beschrieben wurde, kaum zu erreichen sei angesichts des in letzter Zeit befürchteten Überlegenheitsstrebens der USA, das sich auch in der Produktion der Neutronenwaffe widerspiegelte. Diese Befürchtung äußerten Alfred Mechtersheimer und der Sprecher der von Bielefelder Sozialdemokraten initierten „Bielefelder Erklärung", Begemann. Mechtersheimer betonte, daß die USA derzeit die Verhandlungsbedingungen verschlechterten und daß somit der NATO-Doppelbeschluß

zu einem Doppelrüstungsbeschluß werden könne. Begemann richtete an die Adresse der SPD die Aufforderung: „Wenn die SPD ihren Anspruch, eine Friedenspartei zu sein, nicht verspielen will, ... muß (sie) sich freimachen von den falschen Zwängen, die durch das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit verursacht sind."

Zweifel an dem Erreichen der Null-Option als Verhandlungsziel kamen in der Diskussion auch deswegen auf, weil u. U. der Sowjetunion vor der Aufnahme von Verhandlungen Bedingungen gestellt werden, die für sie unannehmbar sein würden (Guha). Dies hätte zur Folge, daß die Verhandlungen scheitern und Mittelstreckenraketen auf europäischen Boden — wenn auch in begrenztem Maße — stationiert würden.

Daß die Friedensbewegung nichts gegen Gespräche und Verhandlungen haben kann, machte Jo Leinen in seinem Beitrag deutlich. Ebenso teile die Friedensbewegung mit der SPD das Bestreben, die Entspannungspolitik fortzusetzen. „Aber angesichts des Overkills kann die ganze technokratische Sicherheitsdiskussion nicht mehr überzeugen, dieser Wahnsinn muß irgendwo Schluß haben".

Immer klarer wurde in der Debatte, daß die Anhäufung von immer mehr (Atom-) Waffen den Frieden nicht sicherer macht. Hierauf wiesen auch Petra Kelly und Gert Bastian hin. Bastian, der sich zu Beginn der Diskussion gegen einige Vorwürfe aus dem Verteidigungsministerium zur Wehr setzte, wonach ihm u. a. als Sprecher der Friedensbewegung ebenso wie Pastor Niemöller unterstellt wurde, von Moskau abhängig zu sein, sprach sich angesichts des mehrfachen Overkills aller produzierten und auf der Erde gelagerten Waffen gegen jede Art landgestützter Atomraketen und für ein Minimum an Rüstung aus. Dieses sah er in der Reduzierung des Atomwaffenarsenals auf einfache Overkill-Kapazität, d.h. auf ein Arsenal, das zur einmaligen Zerstörung der Welt ausreicht.

Als weitere Alternativen zum NATO-Doppelbeschluß warfen die Gegner der Nachrüstung in die Diskussion: atomwaffenverdünnte bis -freie Zone von Nordeuropa über Mitteleuropa bis ins Mittelmeer (Leinen); Abkoppelung von den militärischen Blöcken und Schaffung einer ABC-waffenfreien Zone von Polen bis Portugal (Bahro); Moratorium für die Stationierung von Atomwaffen im Kurzstreckenbereich (Brauch, Friedensforscher) und — hierfür machten sich insbesondere Begemann, Piecyk und Teppich stark — Annahme des sowjetischen Moratoriumsangebotes darüber, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen sofort zu stoppen und unverzüglich zu verhandeln.

In ihrer Kritik an den geäußerten Positionen der Vertreter der Friedensbewegung gingen die Verteidiger des NATO-Doppelbeschlusses vor allem auf den Vorschlag ein, die Bundesrepublik Deutschland vom NATO-Bündnis abzukoppeln und u. U. einen Alleingang in Richtung atomwaffenfreier Zone zu wagen. Für Egon Bahr stellte diese Forderung eine „phantastische Illusion" dar. Für ihn stand fest: „Die Forderung nach atom- und AB C-waffenfreiem Europa wird logisch überhaupt nur denkbar, wenn sie ausgeweitet wird auf die beiden Supermächte". Gemeinsame Sicherheit sei nur zwischen den Bündnissen, wie es sie gibt, und nicht gegen, d.h. nur mit den Blöcken und mit Vereinbarungen durchzusetzen. Als einzige Möglichkeit, zu Vereinbarungen zu kommen betonte er nochmals die Notwendigkeit, an dem Doppelbeschluß festzuhalten. Auch Hans Apel sprach sich scharf dagegen aus, in die „Idylle der Neutralität" flüchten zu wollen, da er befürchtete, dann das Objekt der Interessen von Dritten zu werden, die ihre Konflikte auf deutschem Boden austragen. Darüber hinaus kritisierte er das pauschale Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Diskussion. Er begründete schließlich die Notwendigkeit der Bundeswehr, im Verteidigungsfan gerüstet zu sein, unterstrich aber die feste politische Absicht, daß es nicht dazu komme. Neben der Aufrechterhaltung eines

ungefähren Gleichgewichtes sei, seitdem die SPD sicherheitspolitische Verantwortung trage, als zweites Element das Bemühen um Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen hinzugekommen. Karl Kaiser verteidigte die Politik der atomaren Abschreckung damit, daß dieses Konzept mit dazu beigetragen habe, daß wir seit Beendigung des Weltkrieges in Europa „das, was wir einen Frieden nennen können", haben. Ebenso wie er zog auch Wolf Graf von Baudissin den Doppelbeschluß nicht in Zweifel, sondern sah ihn als die Möglichkeit an, zu einer Rüstungssteuerung zu kommen.

Im zweiten Teil der Debatte, der zeitlich ein wenig zu kurz kam, erhielten die Teilnehmer des Forums Gelegenheit ihre Auffassungen zur Friedensfrage jetzt und in Zukunft darzulegen.

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz charakterisierte die gegenwärtigen Anstrengungen der Friedensbewegung als eine Suche nach einem europäischen Selbstbewußtsein, die die Wiederaufarbeitung und Neubestimmung des Verhältnisses zu den Bündnissen und zu den USA einschließt. Als wichtigen Beitrag der Friedensbewegung nannte es Klaus Geyer (Pfarrer, Aktion Sühnezeichen/ Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden), dafür Sorge zu tragen, die Sprache der Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen wiederzufinden und diese auch den Politikern nahezubringen. Mit ihm waren viele der Diskutierenden der Ansicht, daß offensichtlich führende Politiker die „Leiden" gerade der jungen Leute an der jetzigen Situation nicht mehr verspürten. Er verlangte von den Politikern einseitige Initiativen zur Abrüstung und von der SPD nicht nur Dialogfähigkeit, sondern Taten. Wenn auch Bahro die SPD der Friedensbewegung nicht zurechnen wollte, so waren sich doch die Forumsteilnehmer überwiegend darin einig, daß SPD und Friedensbewegung „zusammenmarschieren" müßten (Piecyk). Das unterstrich auch die Journalistin Carola Stern als sie sagte: „Ich sehe mit großer Freude, daß die Friedensbewegung heute unabhängig von der SPD existieren kann. Das ist ein großer Vorteil. Aber ich sehe auch im Blick auf die Zukunft, im Blick auf das Jahr 1983/84, daß die Friedensbewegung darstehen könnte als tönerner Riese, der eine starke Minderheit aber nicht mehr vertritt und der überhaupt keinen Einfluß darauf haben kann, was mit dem Doppelbeschluß und seiner Ausführung dann wird".

Dennoch blieb ein gemeinsames Ergebnis nach Abschluß der Debatte aus. Den Befürwortern des NATO-Doppelbeschlusses gelang es nicht, die Bedenken seiner Gegner auszuräumen. Erreicht wurde aber, daß Meinungen in der Öffentlichkeit ausgetauscht und Alternativen vorgetragen wurden, die weitergedacht werden müssen im Hinblick darauf, den Frieden nicht nur sicherer, sondern überhaupt sicher zu machen; denn in der Friedenspolitik heute und in der Zukunft geht es um menschliches Überleben, für das alle — ob Bürgerinitiative, Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften - Verantwortung tragen.

Ingeborg Wahle-Homann